

Sonntag der 24. September am Mikrofon ist Martin Balder.

Guten Morgen.

Die Themen heute.

Russland glaubt nicht an eine Wiederbelegung des Geteildeabkommens.

Aminien fordert eine Unommission für Bergkarabach.

Die EU plant ein neues Gesetz gegen illegale Wohnungsvermietungen,
aber zu nächster den Wetteraussichten mit Gerald Holzinger.

Österreich liegt heute zwischen einem Hoch über Deutschland und einem Italientief.

In den nächsten Tagen wird sich überall das Hoch durchsetzen
und uns noch einmal den Spätsommer zurückbringen.

Heute bleibt es noch eher frisch und es wird nur teilweise sonnig.

Aktuell ist es in den meisten Landeshauptstädten Wolkig
oder stark bewölkt in Linz und Pregens Heiter.

In Wien und Eisenstadt hat es 14° in St.Pölten 12°,

in Linz und Salzburg 9°, in Innsbruck 10°, Pregens 8°, 16° und Klagen vor 12°.

In der Westhälfte des Landes wird es heute schon immer häufiger sonnig,
allmählich auch in den noch trüben Regionen an der Alpen-Nordseite.

Nach Ostenhin gibt es noch viele Wolken, stellenweise etwas Regen
und teils kräftigen Nordwind.

Die Temperaturen erreichen 13 bis 21°, in 2000 m Höhe um 3°.

Morgen Montag schon milder und im Westen viel Sonne,

im Osten immer noch einiges an Wolken, immerhin weniger Wind als heute.

Ab Dienstag dann überall spätsommerlich.

Danke, Gerhard Holzinger.

Der russische Außenminister Serge Lavrov hat bei seinem Besuch

in New York dem ukrainischen Friedensplan eine klare Absage erteilt.

Auch die Vorschläge der UNO zu einer Rückkehr zum Getreideabkommen
seien unrealistisch so Lavrov. Christian Lininger berichtet.

Schon in seiner Rede vor der UNO-Generalversammlung

hatte der russische Außenminister Serge Lavrov

keinerlei Kompromissbereitschaft erkennen lassen.

Bei einer Pressekonferenz im Anschluss ging er dann auch auf den Friedensplan

des ukrainischen Präsidenten Volodymyr Selensky ein,

der hier von Russland den Abzug aus den besetzten Gebieten in der Ukraine verlangt.

Der Plan ist einfach nicht umsetzbar, in keiner Form umsetzbar

und alle wissen das und trotzdem sagen sie,

dass der Plan die einzige Grundlage für Verhandlungen ist.

Ähnliche Worte fand Lavrov dann auch für die Vorschläge

von UNO-Generalsekretär Antony Kuterisch

für eine Rückkehr Russlands zum Schwarz-Mehr-Getreideabkommen.

Wir weisen die Vorschläge nicht zurück,

aber sie sind einfach nicht umsetzbar, so der russische Außenminister.

Er erforderte einmal mehr, die Wiederaufnahme

der sanktionierten russischen Landwirtschaftsbank

in das internationale Zahlungssystem SWIFT.
Armenien fordert nach der Eroberung der Kaukasus-Region
Bergkarabach durch Azerbaijan
eine UN-Mission zum Schutz der Bevölkerung.
Bergkarabach gehört völkerrechtlich zu Azerbaijan,
wird aber mehrheitlich von Armenien bewohnt.
Mehr von Markus Langer.
Armenien wirft Azerbaijan vor,
sogenannte ethnische Säuberungen in Bergkarabach zu planen.
Die Vereinten Nationen müssten unverzüglich Truppen entsenden,
um die Menschenrechts- und Sicherheitslage zu überwachen und zu bewirten.
Er forderte die armenische Außenminister Mirsoyan
bei der UNO-Generaldebatte in New York.
Der aserbaidjanische Außenminister bei Ramov betonte,
dass mehrheitlich muslimische Azerbaijan
werde die Rechte der christlichen Armenien erachten.
Man sei entschlossen, die armenischen Einwohner der Region
wieder als gleichberechtigte Bürger zu integrieren.
Unterdessen hat ein erster Hilfskonvoi
die Umstritte der Kaukasus-Region erreicht,
Lastwagen des internationalen Komitees vom Roten Kreuz
brachten 70 Tonnen Hilfsküter nach Bergkarabach.
In Spanien haben die Konservativen für heute zu Demonstrationen aufgerufen.
Grund ist der Versuch des sozialistischen Noch-Regierungschefs Pedro Sánchez,
trotz des Wahlsiegs der Volkspartei Ende Juli, eine Regierungsmehrheit zu erreichen.
Dazu braucht er die Unterstützung der Separatisten in Katalonien und in Baskenland
und die wollen dafür Zugeständnisse.
Die Volkspartei befürchtet etwa eine Amnestie für verurteilte Separatisten.
Aus Spanien, Josef Manola.
Am Dienstag wird er ob man der spanischen Partido Popular
seine Regierungserklärung im Parlament vorstellen.
Heute ruft er zur Großkundgebung auf.
Das Motto, der Ausverkaufs Spaniens soll abgewendet werden.
Das Vertrauen von Alberto Núñez-Fecho,
dessen Volkspartei bei der vorgezogenen Parlamentswahl
die meisten Stimmen errankt, mit seinem Programm,
die Mehrheit der Abgeordneten überzeugen zu können, ist nicht groß.
Sollte er nämlich zum Regierungschef gewählt werden,
ist die heutige Kundgebung überflüssig.
Wenn aber der Sozialist Pedro Sánchez nach einem Scheitern-Fechos
den Auftrag zur Regierungsbildung bekommt,
dann könnten sich die Befürchtungen der Konservativen erfüllen.
Der Geschäftsführer in der Regierungschef wird nicht umhinkommen,
die Forderungen der Unterstützer aus dem separatistischen Lager zu erfüllen.

Den Wunsch, ihre Muttersprachen im Parlament verwenden zu dürfen, hat er bereits befriedigt.

Seit der vergangenen Woche wird im Parlament basquisch und katalanisch gesprochen.

Im nächsten Schritt, so die Befürchtung der Konservativen, werde Sánchez den katalanischen Separatisten die Amnestie gewähren, für all jene Politiker, die 2017 am Versuch einer Trennung Kataloniens von Spanien beteiligt waren.

Die EU arbeitet an einem neuen Gesetz gegen illegale Wohnungsvermittlungen.

Immer mehr Menschen buchen ihre Übernachtungen im Urlaub über Plattformen wie Airbnb und ersetzt den angespannten Wohnungsmarkt noch mehr Unterdruck.

Die EU will deshalb bessere Kontrollen ermöglichen.

Auch Österreich setzt sich dafür ein.

Viktoria Waldecker informiert.

15 Millionen Übernachtungen wurden in Österreich im vergangenen Jahr über Online-Plattformen wie Airbnb gebucht.

Auch Wohnungen oder Häuser werden dort angeboten.

Nicht immer ist diese Vermittlung auch legal und gewerblich angemeldet.

Der Binnenmarktausschuss der EU hat sich diese Woche für einen Gesetzentwurf ausgesprochen, der den Austausch von Daten mit den Online-Buchungsplattformen regeln soll, sagt Barbara Taler von der ÖVP.

Sie verhandelt den Vorschlag für die Europäische Volkspartei.

Gottwien oder Salzburg, Graz oder auch Innsbruck,

haben teilweise schon eigene Lösungen entwickelt,

wie sie den illegalen Vermittlungen auf die Spur kommen.

Und mit dem neuen EU-Gesetz wird es dann einfacher,

weil am Ende mehr Datentransparenz stehen wird.

An Österreich liefert beispielsweise Airbnb bereits jetzt Daten.

Immer wieder wird aber die Qualität dieser Daten bemängelt.

Mit dem neuen EU-Gesetz soll es eine einheitliche Datenbasis für die gesamte EU geben.

Bei Airbnb beurteilt man den Gesetzesvorschlag auf Anfrage positiv.

Man fordere schon länger eine einfache, einheitliche Regulierung in der EU,

hieß es. Konkrete Fragen ließ Airbnb unbeantwortet.

Details des neuen Gesetzes müssen jetzt zwischen Parlament und den EU-Mitgliedstaaten ausverhandelt werden. Ein Ergebnis könnte es aber bald geben, meint EU-Abgordnete Barbara Taler.

Das Gesetz ist jetzt keines, wo sie in hochkontroverse europäische Gesetzgebung einordnen würde.

Dort sind wirklich viele am selben Strang.

Und ich glaube, das wird bis Ende des Jahres fertig werden.

Mit dem Gesetz sollen dann auch die Kontrollen in vielen österreichischen Städten einfacher werden.

In Österreich herrscht bekanntlich ein eklatanter Mangel an Fachkräften.

Mangelberuf Nummer eins ist derzeit Elektrotechnikerin bzw. Elektrotechniker für

Starkstromtechnik.

116 offenen Stellen stehen 19 Arbeitssuchende gegenüber.

Generell fehlen der Elektronikbranche 14.000 Fachkräfte.

Eine Kampagne soll jetzt Abhilfe schaffen. Details von Gabriele Tüchler.

Eine Social Media Kampagne soll junge Menschen für Elektrotechnik begeistern.

Das ist eine Zukunftseffinderin, eine Elektrotechnikerin.

Denn bald stellt sich die Frage, wer plant in Zukunft eine Solaranlage,

entwickelt ein E-Fahrzeug oder kümmert sich um die Steuerung eines Operationsroboters?

Schon jetzt ist die Personallage ernst, sagt Cornelia Schaub vom Verband für Elektrotechnik.

Das bedeutet derzeit, dass jede vierte Stelle nicht besetzt werden kann

und die Tendenz ist steigend.

Bis zum Jahr 2030 werden bis zu 22.000 Fachkräfte fehlen.

Für die Energiewende braucht es sie aber.

Denken wir an Smart Home, denken wir an Elektromobilität.

Wir brauchen einfach viel mehr Fachkräfte in diesem Bereich,

weil die Technologien der Zukunft auch aus diesem Bereich kommen.

Was es auch braucht, sind Frauen.

Von 10.000 Elektrotechnik-Lehrlingen sind nur 650 weiblich.

Im US-Bundestadt Utah soll heute nachmittag eine Gesteinsprobe eines Asteroiden landen.

Eine Raumsonde der NASA wird das Gestein über der Wüste abwerfen.

Fachleute erhoffen sich neuen Aufschluss über die Entstehung von Leben auf der Erde.

Mehr von Paul Ziharsch.

Das Gestein stammt von Benno, einem Asteroiden mit 550 Metern Durchmesser.

In gut 150 Jahren könnte er der Erde recht nahe kommen.

Die Einschlagswahrscheinlichkeit ist allerdings gering.

Schon jetzt wollen Forscherinnen und Forscher wissen, was auf dem Asteroiden zu finden ist.

Die NASA-Sonde hat voraussichtlich 250 Gramm an Gestein im Gepäck.

Die Forschung geht ja davon aus, dass Asteroiden die Zutaten für das Leben auf die Erde gebracht haben,

dann de la Reta von der Universität Arizona.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wollen also mehr über die Entstehung des Lebens auf der Erde erfahren,

dass Material auf Benno kein Antworten liefern.

An der Universität Arizona soll die Probe dann auch untersucht werden.

Zuerst muss sie heute aber erst mal sicher auf der Erde landen.

Das ist für den Nachmittag unserer Zeit geplant.

Die Kapsel soll im US-Bundestadt Utah in der Wüste niedergehen.

Die sogenannte Osiris-Rex-Mission der NASA ist die zweite derartige Operation.

2010 brachte eine japanische Sonde Bodenproben eines Asteroiden zur Erde.

Das war das Morgenschnall am Sonntag. Es ist 10 nach 8.

Österreich 1. Heute.